

724 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai 1972,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung
1960 geändert wird (Strafprozeßnovelle 1972)

Der Verfassungsgerichtshof hat mehrere Verordnungsbestimmungen
als gesetzwidrig aufgehoben, durch die bisher das bei der Ahndung
von Ordnungswidrigkeiten der Verwahrungs- und Untersuchungsge-
fangenen einzuhaltende Verfahren geregelt war. Durch den vor-
liegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen nun die
entsprechenden Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes aus dem
Jahre 1969 für sinngemäß anwendbar erklärt werden. Dort, wo dies
im Hinblick auf die Eigenart der Vorhaft zu nicht angemessenen
Regelungen führen würde, sind im gegenständlichen Gesetzesbeschluß
abweichende Regelungen ausdrücklich vorgesehen.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat
die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 16. Mai 1972
in Verhandlung genommen und einstimmig beschlosse, dem Hohen
Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Ver-
fassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai
1972, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung
1960 geändert wird (Strafprozeßnovelle 1972), wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, am 16. Mai 1972

R e m p l b a u e r
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann